



ANTRAG

an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich

am 29.06.2017

Wien, 07.06.2017

Soziale Absicherung von Selbstständigen und UnternehmerInnen stärken!

Zu Jahresanfang wurde bei jener Versichertengruppe der SVA gekürzt, die über die geringsten Einkommen verfügt. So wurde das Taggeld bei der freiwilligen Zusatzversicherung von 30 Euro pro Tag auf 8,51 Euro pro Tag, das sind 255 Euro pro Monat, unsozial abgesenkt. Unsozial, da NiedrigverdienerInnen den Beitragssatz von 7,22 Prozent stemmen müssen, während für die Versichertengruppe mit der Höchstbemessungsgrundlage nur ein Beitragssatz von 2,5 Prozent gilt.

Auch der weiterhin existente 20-prozentige Selbstbehalt stellt in Form einer Krankensteuer eine besonders starke Belastung für Selbständige und UnternehmerInnen mit geringen Einkünften dar. Diese Krankensteuer hält davon ab, zeitnah wichtige der Gesundheit dienende Arztbesuche und Untersuchungen vornehmen zu lassen. Der Selbstbehalt muss daher abgeschafft werden. Eine Gegenfinanzierung wäre z. B. durch eine Angleichung an die Honorartarife der GKK gewährleistet. Aber auch chronisch Kranke sind entgegen vieler Behauptungen noch immer nicht gänzlich vom Selbstbehalt befreit. Sie sind es nur, wenn ihr Einkommen nicht mehr als 800 Euro pro Monat beträgt. Ein Zustand der so einfach nicht mehr hinnehmbar ist.

Wenn es darum geht, dass wir Selbstständige beim Aufbau einer Existenz unterstützen wollen, dann muss es für die Kolleginnen und Kollegen möglich werden, die bedarfsorientierte Mindestsicherung zu beantragen. Derzeit ist das nur mit der Zurücklegung des Gewerbescheines möglich. Im Hinblick auf den derzeitigen Arbeitsmarkt eine mehr als zweifelhafte Regelung, die schnellstmöglich gesetzlich novelliert gehört. Dazu passt, dass die Berechnung der SVA-Beitragsgrundlage die Verluste gerade am Anfang der Selbstständigkeit gleich doppelt nicht berücksichtigt.

Um den Wirtschaftsstandort Österreich zu stärken, müssen gerade EPU und KMU gestärkt und sozial abgesichert werden.

Der SWV Österreich stellt daher folgenden Antrag, und lädt alle Fraktionen des Wirtschaftsparlaments ein, diesen zu unterstützen:

- Die SVA wird aufgefordert, den Selbstbehalt abzuschaffen.
- Die SVA wird aufgefordert die freiwillige Zusatzversicherung für den Erwerb eines Krankengeldes derart zu reformieren, dass das tägliche Krankengeld nicht unter den Tagsätzen der Mindestsicherung liegt. Der Vertrauensschutz von Versicherten, die seit Jahren in diese freiwillige Zusatzversicherung einzahlen, ist zu gewährleisten.
- Selbstständigen muss es möglich sein, die bedarfsorientierte Mindestsicherung zu beantragen, ohne den Gewerbeschein zurücklegen zu müssen.


Abg. z. NR Dr. Christoph Matznetter
Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich


LAbg. GR Friedrich Strobl
Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich


KommR Bmstr. Baurat h.c. Dipl. Ing. Alexander Safferthal
Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich